

Schmerzen mit Rot-Grün

„Das muss den Grünen weh tun“ sagte die CDU-Chefin Angela Merkel zu den jüngsten Beschlüssen der Koalition. Und in der Tat, wenn Arbeit verteuert, die Konjunktur geschwächt und das Prinzip der Generationengerechtigkeit grob missachtet wird, dann schmerzt das. Wenn der Personalrat des Tübinger Klinikums unbezahlte Überstunden auf die Beschäftigten und Versorgungsengpässe auf die Patienten zukommen sieht, dann bräuchte man gute Argumente, um das zu rechtfertigen. Diese Argumente habe ich nicht.

Ich kann Ihnen nicht erklären, warum es gerecht und sozial sein soll, den Schwestern, Pflegern und Ärzten eine Nullrunde zuzumuten, nicht aber den Rentenbeziehern, denen sie helfen sollen. Ich kann Ihnen nicht erklären, wie die Verlagerung von Kosten in die Zukunft – das ist der Effekt der Erhöhung der Beitragsbemessungsgrenze in der Rentenversicherung – mit dem Begriff der Generationengerechtigkeit erfasst werden könnte. Und ganz unerklärlich ist für mich, warum die SPD all das unbedingt durchsetzen wollte und die Grünen es schluckten.

Von einer rot-grünen Regierung erwarte ich mir durchdachtere – wieso diese Hektik? – und mutigere Reformen. Die Bismarcksche Sozialversicherung startete einst mit einem Beitragssatz von unter 1%. Heute liegen wir bei über 41%. Geschieht nichts, könnte der Wert bis zur Mitte des Jahrhunderts auf 80% und mehr klettern. Die Pensionslasten des Landes Baden-Württemberg können von 2,1 Milliarden Euro in diesem Jahr bis 2020 auf 7,3 Milliarden Euro steigen. Das System der Umlagefinanzierung bricht zusammen, wenn die Beitragszahler immer weniger und die Leistungsempfänger immer zahlreicher werden. Wer arbeitet noch, wenn die eine Hälfte des Einkommens bei der Steuer und die andere bei den Sozialversicherungen landet?

Mit Herumdoktern an Symptomen ist es da nicht getan. Wir brauchen eine Reform an Haupt und Gliedern. Auf der Einnahmenseite muss die unselige Koppelung an das Arbeitseinkommen abhängig Beschäftigter aufgelöst werden. Alle müssen einzahlen, auch Beamte, Selbstständige und Dividendenbezieher. Auf der Ausgabenseite sind Kürzungen unvermeidlich. Rentenerhöhungen sind nicht mehr finanzierbar, das Rentenniveau wird sinken. Im Gesundheitssystem können wir uns teure Doppeluntersuchungen, überzogene Apparatedizin und antiquierte Ständeorganisationen mit Selbstbedienungsmentalität nicht mehr leisten. Statt die längst existierende Zweiklassenmedizin von Privat- und Kassenpatienten zu leugnen, wird es Zeit, über eine Aufteilung in Pflichtversicherung und freiwillige Zusatzversicherungen zu reden. Und irgendwann muss ethisch entschieden werden, ob Lebensverlängerung um jeden Preis und womöglich gegen den Willen der Betroffenen wirklich human und sozial ist.

Ich hätte es mir leichter machen und heute über den erfreulichen Fortschritt der RegioStadtbahn berichten können. Ich glaube aber, dass die angekündigten Reformkommissionen nur brauchbare Ergebnisse liefern, wenn ordentlich Druck im Kessel ist. Welche Generation, wenn nicht meine, sollte diesen Druck erzeugen?